CDU
RATSFRAKTION
WUPPERTAL

Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden des Rates
Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Schneidewind


| | |
|---|---|
| Es informiert Sie | Karin Vorberg |
| Anschrift | Johannes-Rau-Platz 1<br>42275 Wuppertal |
| Telefon (0202) | 563 6818 |
| Fax (0202) | |
| E-Mail | karin.vorberg@cdu-fraktion-wuppertal.de |


**Antrag**

| | |
|---|---|
| Datum | 12.02.2025 |
| **Drucks. Nr.** | **VO/0174/25**<br>öffentlich |

| Zur Sitzung am | Gremium |
|---|---|
| **13.02.2025** | **Hauptausschuss** |
| **17.02.2025** | **Rat der Stadt Wuppertal** |

**Ergänzungsantrag zur Drucksache VO/0086/25 - Haushalts-Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2025: Position der CDU-Fraktion zum Nachtragshaushalt**
**Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2025**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schneidewind,

die CDU-Fraktion beantragt, der Rat der Stadt möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Verwaltung beginnt unverzüglich mit der Vorbereitung des Haushaltssicherungskonzeptes. Der Stadtkämmerer legt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW hierfür in der kommenden Sitzung einen detaillierten Ablaufplan vor.

2. Der Rat der Stadt richtet eine interfraktionelle Kommission ein. Den Vorsitz übernimmt der Oberbürgermeister. Diese Kommission tagt mindestens einmal pro Monat bis zum Ende der bevorstehenden Wahlperiode. Die Kommission wird regelmäßig von der Verwaltung über den Stand der Vorbereitung hinsichtlich des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) informiert.

3. Die Verwaltung erarbeitet im 2. Quartal 2025 erste Maßnahmenvorschläge für das HSK und legt diese der Kommission zur Beratung vor.

4. Die Aufstellung des neuen HSK ist so rechtzeitig abzuschließen, dass dieses final in der letzten Sitzung in 2025 in den Rat der Stadt mit den neu gewählten Stadtverordneten eingebracht werden kann.

**Begründung:**

Die Haushaltslage der Stadt verschlechtert sich dramatisch. Für dieses Jahr wird ein Fehlbetrag von ca. 153 Mio. € erwartet. Diese Entwicklung führt dazu, dass die noch vorhandene Ausgleichsrücklage aufgebraucht und sogar die Allgemeine Rücklage angegriffen wird. Daher hat die Verwaltung den Entwurf eines Nachtragshaushaltes vorgelegt. Dieser enthält eine globale Minderausgabe in Höhe von rd. 36 Mio. €.

**Die CDU hat die allergrößten Bedenken gegen diese Globale Minderausgabe:**

- Damit würden massive Einsparungen überall dort vollzogen, wo sich in der Bewirtschaftung des Haushaltes Spielräume ergeben. Daher sind diese Einsparungen weder zu planen noch vorherzusehen. Die Umsetzung der Globalen Minderausgabe liegt allein in der Hand der Verwaltung. Damit besteht die Gefahr, dass der vom Rat der Stadt beschlossene Haushaltsplan ohne dessen politische Steuerung wesentlich verändert wird.

- Massive Probleme sind im Personalhaushalt zu befürchten. Weil dort das Budget nicht auskömmlich ist, wird für dieses Jahr schon eine Überschreitung von ca. 11 Mio. € prognostiziert. Hinzu kommen die Mehrbelastungen aus dem Tarifabschluss, für den lediglich eine Steigerung von 2 % eingerechnet ist. Darüber hinaus müsste der Personalhaushalt auch einen Anteil der Globalen Minderausgabe erwirtschaften – bei gleichmäßiger Verteilung wäre dies ein Betrag von über 5 Mio. €. Alle diese Belastungen würden zu massiven Einsparungen und Verschlechterungen in der Personalwirtschaft führen – die Übernahme von ausgebildeten Nachwuchskräften wäre ebenso gefährdet wie externe Einstellungen und Beförderungen. Damit würde die ohnehin schon angespannte personelle Situation – mit hoher Fluktuation und vielen unbesetzten Stellen – dramatisch weiter verschlechtert.

- Der Nachtragshaushalt würde dazu führen, die Verabschiedung eines notwendigen Haushaltssicherungskonzeptes einige Monate hinauszuzögern. Der im September 2025 neu gewählte Rat der Stadt müsste unmittelbar nach der Kommunalwahl über das HSK beraten und entscheiden. Dies wäre eine massive Belastung für die neu gewählten Stadtverordneten. Gleichzeitig würde bis dahin wertvolle Zeit vergehen, obwohl die dramatische Verschlechterung der städtischen Haushaltslage schnelles Handeln und kurzfristige Gegensteuerung erfordert.

**In Abwägung der Vor- und Nachteile ist die CDU nach intensiver Beratung nur dann bereit, ihre massiven Bedenken zurückzustellen, wenn zeitgleich ein wirksamer und nachhaltiger Beginn der unabweisbar notwendigen Haushaltskonsolidierung verbindlich beschlossen wird**.